

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/193

9. Oktober 1975

Er stellte die Weichen zur Volkspartei

Zum 80. Geburtstag von Dr. Kurt Schumacher

Von Annemarie Renger MdB
Präsidentin des Deutschen Bundestages

Seite 1 und 2 / 98 Zeilen

Ein Schritt auf dem Wege zur Versöhnung

Zu den deutsch-polnischen Vertragsunterchriften in
Warschau

Seite 3 / 31 Zeilen

Zur Sache, bittel

Polemik gegen die § 218-Reform hilft niemandem

Von Gerhard Jehn MdB
Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion

Seite 4 und 5 / 84 Zeilen

Es bleibt bei Neuwahlen an der Saar!

Bis dahin muß die CDU aber zu einem neuen Stil finden

Von Friedel Löffle MdL
Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD Saar und
Mitglied des SPD-Bundesvorstandes

Seite 6 und 7 / 70 Zeilen

Reddemann und die Schildkröte des Achilles

Zahlenmanipulation, damit das Feindbild stimmt

Seite 8 / 36 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Ederl
5300 Bonn 12, Heussallee 8-10
Postfach: 120 498
Pressenhaus 1, Zimmer 817-224
Telefon: 29 80 37 - 38
Telex: 69 66 846 - 48 pbbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnar Straße 108-112. Telefon: 37 88 11

Er stellte die Weichen zur Volkspartei

Zum 80. Geburtstag von Dr. Kurt Schumacher

Van Annemarie Renger MdB

Präsidentin des Deutschen Bundestages

Kurt Schumacher wäre am 13. Oktober 80 Jahre alt geworden. Der erste Vorsitzende der Nachkriegs-SPD starb kurz vor seinem 57. Geburtstag im August 1952. So war ihm nach den bitteren Erfahrungen der Weimarer Republik und einem zehnjährigen Leidensweg in Hitlers Konzentrationslagern nur die kurze Spanne von sieben Jahren zugemessen, um am Neuaufbau Deutschlands mitzuwirken. Dennoch schuf er ein Fundament, das sich bis heute als tragfähig erwiesen hat. Er trat 1945 nicht nur mit einer klaren politischen Konzeption als ein Fertiger auf den Plan, sondern er rang auch, wie Herbert Wahner in einem Nachruf sagte, "mit der ganzen Leidenschaft eines durch Leiden geprüften und geläuterten Menschen um eine Gestaltung der politischen Verhältnisse". Die Beschäftigung mit dem Lebenswerk Kurt Schumachers ist daher kein Ausflug in eine ferne Vergangenheit. Keine große Partei, die glaubwürdig bleiben will, kann sich von ihren Ursprüngen lösen; kein Staat die Umstände verleugnen, aus denen er hervorging.

Die außerordentliche Wirkung dieses Politikers erklärt sich aus der geballten Energie, mit der er ans Werk ging, aus der zwingenden Kraft seiner Sprache, aus der Klarheit seines Denkens und der Schärfe eines analytischen Verstandes. Im Niemandsland der Geschichtskatastrophe von 1945 setzte Schumacher die ersten Zeichen der Besinnung und Selbsterhaltung.

Kurt Schumacher war ein Mann der Aktion, aber auch ein Moralist, ein Mann, für den ethische Grundsätze und politisches Handeln nicht voneinander zu trennen waren. So waren für ihn Demokratie und Freiheit des einzelnen wie der Nation, Gerechtigkeit und Solidarität unabdingbare Werte und das Fundament, ohne das ein staatlicher und gesellschaftlicher Neubau keinen Bestand haben konnte.

Aus diesen Prinzipien entspross die Leidenschaftlichkeit seines Engagements. Wenn er seine Ziele oft mit Ungeduld verfolgte, so hatte dies seinen Grund nicht etwa in einem Machtwillen oder in der Ahnung von der ablaufenden Lebensuhr, sondern in dem Wissen, daß gerade in jener Zeit die Richtung für die künftige Entwicklung angegeben wurde. Die Sorge, die ihn bis zum letzten Atemzug nicht zur Ruhe kommen ließ, bestand darin, daß aus Unvermögen, Kurzsichtigkeit und billigem Opportunismus die Glaubwürdigkeit der deutschen Demokratie, für ihn die Überlebenschance seines Volkes, verspielt werden könnte.

Aus dieser Grundhaltung heraus gehörte Kurt Schumacher zu den ersten, die die Gefahr des Kommunismus für Deutschland erkannten. Er warnte davor, sich von der Parole einer "Einheit der Arbeiterklasse" in die Irre führen zu lassen, und er verhinderte die von den Kommunisten auch in den Westzonen geplante Verschmelzung von SPD und KPD zur Einheitspartei. Man kann sich leicht vorstellen, was durch eine solche "Einheitspartei", angesichts der Verwirrung des deutschen Bürgertums und der anfänglichen Neutralität der Westmächte aus West-Deutschland geworden wäre. Und er erklärte: "Wir haben nein

gesagt zum Verlangen der Sowjets, zur Zwangsvereinigung mit den Kommunisten. Wir haben damit ja gesagt zur Unverzichtbarkeit der persönlichen und staatsbürgerlichen Freiheit. Was wäre aus Deutschland geworden, wenn wir ja gesagt hätten?"

Schumachers leidenschaftliche Gegnerschaft gegen den Kommunismus war nicht antirussisch motiviert. Er wußte sehr wohl, daß es geht, auch mit der Sowjetunion zu einem Modus Vivendi zu kommen. Als Realist war ihm klar, daß eine Überwindung der Spaltung Deutschlands nur im Einvernehmen mit allen vier Besatzungsmächten zu erreichen sein würde. Deshalb warnte er auch vor einer vorzeitigen Westintegration, die seiner Auffassung nach die Chancen für das von ihm leidenschaftlich und hartnäckig verfolgte Ziel der Wiedervereinigung verringern mußte.

Es ist ein historisches Verdienst Kurt Schumachers, die Arbeitnehmer an den neuen demokratischen Staat herangeführt zu haben. Er machte ihnen klar, daß gerade sie in ihrem Kampf um die soziale Gerechtigkeit diesen parlamentarisch-demokratischen Staat brauchten, den er sowohl aus der geschichtlichen Erfahrung heraus, als auch im Hinblick auf die sozialdemokratischen Zielvorstellungen als die bewußt gewollte Lebensform betrachtete.

"Die Tore unserer Partei sind geöffnet für alle, in denen die Ideen der Freiheit, der sozialen Gerechtigkeit und der Toleranz leben", sagte Schumacher und fuhr fort: "Viele Menschen haben geglaubt, die Zugehörigkeit zur SPD bedinge von vornherein ein bestimmtes Bekenntnis zu einem marxistischen Dogma. Daran hat die Partei niemals gedacht, genauso wenig, wie sie in Feindschaft zur Religion stand. Eine solche Partei muß viele Meinungen für viele Arten von Menschen kennen." Es war Schumachers Überzeugung, daß man, wie er schon 1946 sagte, "sowohl aus den Methoden der ökonomischen Analyse, als auch aus den Erkenntnissen einer rationalen Philosophie oder aus ethischen Gründen, oder dem Geist der Bergpredigt heraus" Sozialdemokrat sein könne. So hatte er schon in den ersten Nachkriegsjahren die Weichen für die SPD in Richtung Volkspartei gestellt und den Weg zum Godesberger Programm geöffnet.

Kurt Schumacher ging es darum, Nation, Freiheit, Demokratie zum ersten Mal in der deutschen Geschichte miteinander zu veröhnen und dem deutschen Volk auf dieser Basis zur internationalen Gleichberechtigung zu verhelfen. Wer seine Betonung des Nationalen als Nationalismus mißversteht, irrt gründlich und kommt dabei auch zu falschen Rückschlüssen, was Schumachers Haltung zu einem geeinten Europa angeht. Kurt Schumacher sagte: "National sein ist Ehrensache, international sein ist Aufgabe, aber Nationalist sein heißt heute, Todfeind des deutschen Volkes sein."

Folgerichtig war Kurt Schumacher immer ein Anhänger eines geeinten und größeren Europas. Was ihn außenpolitisch von der damaligen Bundesregierung unter Dr. Konrad Adenauer unterschied, war das Bewußtsein, daß das neue demokratische Deutschland nicht minderen Rechts und halb deformiert in internationale Organisationen eintreten konnte, sollte die Demokratie im Innern glaubwürdig und gegenüber dem Osten von überzeugender Anziehungskraft sein. So lehnte Schumacher, um nur ein Beispiel zu nennen, solange einen Beitritt der Bundesrepublik zum Europarat ab, wie die drei Vertreter des Seergebiets Mitglied der Französischen Delegation waren.

Unbeugsam in seinem Willen, unbestechlich in seinen Überzeugungen, konzeptionslos in unverzichtbaren Prinzipien, war Kurt Schumacher die bewegende Kraft jener Jahre, ein aufwühlender, mitreißender Geist, an dem sich freilich auch die Geister schieden. Ganz der unmittelbaren Aktion verschrieben, hat er in seinen Reden gleichwohl das theoretische Fundament für eine moderne Sozialdemokratie gelegt und so in allen entscheidenden Fragen die Weichen für die Zukunft gestellt.

(-/9.10.1975/ks/pr/ee)

Ein Schritt auf dem Wege zur Versöhnung

Zu den deutsch-polnischen Vertragsunterschriften in Warschau

Mit den Warschauer Unterschriften unter die von Bundeskanzler Helmut Schmidt und Generalsekretär Edward Giersek in Helsinki ausgehandelten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen wird der große Versöhnungsprozeß zwischen Deutschen und Polen ein weiteres und - so wollen wir hoffen - auch entscheidendes Stück vorangetrieben. Der von Hitler entfesselte Krieg hat gerade zwischen diesen beiden großen mitteleuropäischen Völkern tiefste Wunden geschlagen, deren Zeugen auch heute in Polen allenthalben zu finden sind und die in der Erinnerung manches Polen noch immer lebendig sind und schmerzen.

Dieser Versöhnungsprozeß, der unter der sozialliberalen Bundesregierung initiativ begonnen worden ist und seinen großartigen Eröffnungspunkt in dem Warschauer Kniefall Willy Brandts gefunden hat, gehört zu den existentiellen Notwendigkeiten einer endgültigen und haltbaren Befriedung unseres Kontinents und damit der Welt. Diese Versöhnung setzt voraus, daß in allen Menschen dieser beiden Völker die Furcht vor einer neuen Gefährdung des Friedens schwindet. An die Stelle der Furcht und auch des Mißtrauens muß in steter unermüdlicher Arbeit, an der alle Gutwilligen in Polen und in der Bundesrepublik teilhaben müssen, allmählich und unentzerrbar das Gefühl und denn auch die Gewißheit des Einandervertrauenskönnens treten. Diese Erwartung kann erhoffte Realität werden, auch wenn die gesellschaftspolitischen Unterschiede zwischen den beiden Staaten unverändert bleiben. Wenn der in Helsinki unter so feierlichen Umständen abgeschlossene Vertrag über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa irgendwo seine große Realisierungsprobe bestehen kann, dann hier: im friedlichen Neben- und Miteinander des polnischen und des deutschen Volkes.

So gesehen bekommen die Warschauer Unterschriften von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher und Außenminister Stefan Olszowski historisches Gewicht und historische Bedeutung. Es sollte sich daher keiner von der verantwortungsvollen Notwendigkeit selbst ausschließen, hier aktiv mitgewirkt zu haben!

Ephardt Eckert
(-/9.10.1975/bgy/e/pr)

+ + +

Zur Sache, bitte!

Polemik gegen die § 218-Reform hilft niemandem

Von Gerhard Jehn MdB

Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion

Am 7. Oktober 1975 hat das Kommissariat der Deutschen Bischöfe in Bonn zum Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen zur Reform des § 218 StGB Stellung genommen. Das Kommissariat ist eine bedeutsame Instanz der katholischen Amtskirche in der Bundesrepublik Deutschland. Von ihm muß erwartet werden, daß es sich aus seiner Verantwortung und mit Klarheit äußert, wenn es zu wichtigen Gesetzgebungsvorhaben Stellung bezieht. Geht es, dann darf das Kommissariat erwarten, daß seine Haltung besonders aufmerksam geprüft und ernsthaft in die Erörterung einbezogen wird.

Die Stellungnahme vom 7. Oktober gibt dazu keine Gelegenheit. Willkürliche, mit dem Entwurf nicht zu vereinbarende Auslegungen, Widersprüche und Polemik können eine sorgfältige Auseinandersetzung in der Sache nicht ersetzen. Darauf käme es an! Der Eindruck zwingt sich auf, daß der grundsätzliche Widerstand der katholischen Amtskirche gegen jede Reform einer Überhalten Bestimmung des staatlichen Strafrechts mit allen Mitteln und um jeden Preis fortgeführt werden soll.

Die Verantwortung der Kirche wird nicht in Frage gestellt. Wenn die Amtskirche darauf Wert legt - und sie sollte es tun -, dann muß sie aber auch umgekehrt die Verantwortung des Staates für die Rechtsordnung, die für alle Bürger zu gelten hat, achten. Nur aus dieser gegenseitigen Achtung heraus ist eine Diskussion zur Sache zu führen.

Warum, so muß deshalb gefragt werden, setzt sich das Kommissariat über alle Erklärungen und Beschlüsse des Deutschen Bundestages hinweg und redet so, als ginge es nur um die Änderung einer Strafrechtsbestimmung? Wann wird das Kommissariat endlich zur Kenntnis nehmen, daß der Schutz des ungeborenen Lebens nicht allein dem Strafrecht überlassen werden kann, weil dieses allein nur wenig, viele meinen mit guten Gründen nichts bewirkt?

Deshalb haben wir mit der Entschließung der Koalitionsfraktion vom 26. April 1974 uns vorbehaltlos zum Schutz des ungeborenen Lebens bekannt. Deshalb haben wir mit dem Gesetz über ergänzende Maßnahmen zum 5. Strafrechtsreformgesetz für alle Versicherten den Rechtsanspruch auf ärztliche Beratung und Hilfe zur Erhaltung der Schwangerschaft eingeführt. Deshalb haben wir alle Verantwortlichen aufgerufen, zu helfen, daß Beratung und Hilfe für schwangere Frauen in ausreichendem Maße und geeigneter Form zur Verfügung gestellt werden.

Erst auf dieser Grundlage kann nach dem Willen von SPD und FDP eine, dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts entsprechende Neugestalt-

tung des § 218 StGB erfolgen. Das Strafrecht ist das letzte, aber auch das unvollkommenste Mittel, ungeborenes Leben zu schützen. Einsicht und Bescheidenheit sind notwendig, um die Grenzen des staatlichen Strafrechts und die Grenzen seiner Wirksamkeit zu erkennen.

Der jetzt vorgelegte Entwurf zur Neufassung des § 218 StGB trägt diesen Geboten Rechnung. Grundsätzlich bleibt der Abbruch einer Schwangerschaft strafbar. Nicht strafbar ist ein Schwangerschaftsabbruch dann, wenn er mit Einwilligung der Schwangeren nach vorheriger Beratung von einem Arzt vorgenommen wird und wenn er "unter Berücksichtigung der gegenwärtigen und zukünftigen Lebensverhältnisse der Schwangeren nach ärztlicher Erkenntnis angezeigt ist, um eine Gefahr für das Leben oder die Gefahr einer schwerwiegenden Beeinträchtigung des körperlichen oder seelischen Gesundheitszustandes der Schwangeren abzuwenden und die Gefahr nicht auf eine andere für sie zumutbare Weise abgewendet werden kann". Im Konflikt zwischen ungeborenem Leben und Leben und Gesundheit der Schwangeren muß also abgewogen werden zwischen diesen beiden schutzwürdigen Rechtsgütern. Für diese Abwägung setzt der Wortlaut des Gesetzentwurfs dann weitere Maßstäbe für die genetische, die Vergewaltigungs- und die Indikation der besonderen Notlage. Klar umrissen wird also, wenn und unter welchen Voraussetzungen der Abbruch einer Schwangerschaft vom Staat nicht mit Strafe bedroht wird.

Das Strafrecht kennt weder Fiktionen noch unwiderlegliche Vermutungen. Wer in der Bewertung des Gesetzentwurfs solche Begriffe verwendet, wie es das Kommissariat tut, verläßt den Boden der sachlichen Kritik. Es ist auch kein Beitrag zur Sache, wenn gegen die vorgesehene Straffreiheit für die Schwangere polemisiert wird. Die Straffreiheit tritt nur ein, wenn die Schwangere alles getan hat, um sich beraten zu lassen und so zu einer verantwortlichen Abwägung kommen zu können. So wird eine gute Voraussetzung geschaffen, daß alle Angebote und Möglichkeiten sozialstaatlichen Schutzes in freier Entscheidung und ohne Furcht genutzt werden. Das ungeborene Leben wie die schwangere Frau brauchen gleichermaßen Schutz und vor allem Hilfe, nicht Strafe.

Und schließlich ist auch jede allgemeine Verdächtigung gegenüber den Ärzten fehl am Platze. Jeder Arzt kann seinen Beruf nur nach gehöriger Ausbildung und nach staatlicher Approbation ausüben. Jeder Arzt hat bis zum Beweis des Gegenteils Anspruch auf Vertrauen in seine verantwortungsbewußte Berufsausübung. Niemand, auch nicht das Katholische Kommissariat sollte das in Frage stellen.

Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat sich die endliche Reform des § 218 StGB zur Aufgabe gemacht. Sie wird ihr Versprechen einlösen. Die jetzt zusammen mit dem Koalitionspartner vorgelegte Fassung der Strafrechtsbestimmungen ist der letzte Schritt in den langwierigen Reformbemühungen des Gesetzgebers. Jeder sachbezogene Rat, jede Hilfe, die dazu noch gegeben werden kann, ist willkommen. Aber es muß Rat zur Sache sein, der hilft, zu einem Abschluß und zu Entscheidungen zu kommen.

(-/9.10.1975/bgy/pr)

+ + +

Es bleibt bei Neuwahlen an der Saar!

Bis dahin muß die CDU aber zu einem neuen Stil finden

Von Friedel Lépplé MdL

Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD
Saar und Mitglied des SPD-Bundesvorstandes

Klarer als von den meisten erwartet ist die Abgabe ausgefallen, die die FDP Saar auf ihrem Parteitag der CDU dieses Bundeslandes und ihrem Koalitionsangebot erteilte. Das Votum von 292 von 305 Delegierten ist eine eindrucksvolle Bestätigung für die bisherige Politik des FDP-Landesvorstandes mit seinem Vorsitzenden Werner Klumpp, gleichzeitig aber auch ein Bekenntnis zur sozialliberalen Koalition auf Bundes- und Landesebene.

Nicht ganz verständlich ist das enttäuschte Wehgeschrei der saarländischen Christdemokraten. Hätten sie, hatte ihr Vorsitzender Scherer wirklich ernsthaft daran geglaubt, die Freien Demokraten zu einem Umfall bewegen zu können? Dann hätten Scherer und seine Partei die FDP in leichtfertiger Weise gering geschätzt. Nur wer selbst wie die CDU im Saarland beharrlich an Ministeresseln klebt, kann anderen zutrauen, wegen solcher Sessel Grundsätze und Versprechen zu brechen.

Wie soll es nun weitergehen im Saarland? Wir haben eine Regierung, die zwar legal, unserer Meinung nach aber nicht legitim im Amt ist. Sie ist zum Regieren verdammt, und sie hat sich selbst für handlungsfähig erklärt. Soll sie es nur beweisen!

Wir haben außerdem ein Parlament, in dem das inzwischen berühmt gewordene Patt vorherrscht. Ohne Zustimmung einer der beiden nicht in der Regierung befindlichen Parteien geht nichts mehr. Dies zu begründen, ist der CDU bis heute nicht gelungen. In der letzten Landtags-Plenarsitzung mußten SPD und FDP es der Regierungspartei erst auf drastische Weise demonstrieren, als deren Fraktionsvorsitzender - leunisch wie ein gekränkter Schuljunge - unvermittelt einen zuvor ausgehandelten gemeinsamen Beschlußantrag zum Fernstraßenbau im Saarland aufkündigte. Sozialdemokraten

und Freie Demokraten verweigerten daraufhin einem Antrag der CDU ihre Zustimmung; weil die CDU nur über die Hälfte der Mandate verfügt - punkterweise fehlte ausgerechnet noch der Ministerpräsident - war ihr Antrag abgelehnt.

Solche Erfahrungen kann die Union im Saarland noch öfter machen, es sei denn, sie findet endlich zu einem kooperativen Arbeitsstil. SPD und FDP haben eindeutig erklärt, daß sie im Landtag keine Obstruktion betreiben werden, sondern konstruktiv mitarbeiten wollen. Das bedeutet in der Praxis: nur Gesetze, Beschlüsse, Anträge usw. gehen durch, in denen die Handschrift von SPD bzw. FDP sichtbar ist. Das gilt in besonderer Weise für die bevorstehenden Haushaltsberatungen. Hier erwarten wir Mitbeteiligung bereits im Stadium des Entwurfs. Wir sind nicht gewillt, uns wie in der Vergangenheit ein fertiges Produkt vorsetzen zu lassen, an dem wir in langwieriger und mühevoller Kleinarbeit allenfalls ein paar kosmetische Korrekturen erreichen. Entweder enthält der Landeshaushalt 1976 deutlich sozialdemokratische Vorstellungen oder wir lehnen ihn ab. Die Freien Demokraten, die zunächst eine generelle Tolerierung der Landesregierung in Aussicht gestellt hatten, sind nach einer abstoßenden Anti-FDP-Kampagne seitens der CDU zu der Auffassung gelangt, daß dieses Tolerieren nur sehr differenziert geschehen kann. Entsprechendes beschlossen sie auf ihrem Parteitag.

Wie die CDU vor dem FDP-Parteitag versuchte, den Freien Demokraten im Falle der Ablehnung des Koalitionsangebotes den Schwarzen Peter für die verfahrenere Situation im Lande zuzuschustern, so versucht sie jetzt mit hysterischem Neuwahlen-Geschrei die SPD aus der Reserve zu locken. Vergeblich! Die SPD Saar hat hierzu klare Beschlüsse.

Neuwahlen ja, denn sie sind die sauberste Lösung, um das Saar-Patt zu überwinden. Unser Termin: der 3. Oktober 1976, gleichzeitig mit den Bundestagswahlen. Das ist eine Frage der Zumutbarkeit gegenüber dem Bürger und - in bezug auf die Kosten - gegenüber dem Staatshaushalt. Wir meinen, die Saarländer sind mündig genug, um an diesem Tag zwischen der landespolitischen Entscheidung und der auf Bundesebene zu unterscheiden. Wenn die CDU sich gegen diesen Termin wehrt, zeigt sie doch deutlich, daß sie nicht an einen Unions-Erfolg bei der Bundestagswahl glaubt und noch dazu fürchtet, in den Negativ-Sog ihres Bundesvorsitzenden Dr. Helmut Kohl auch auf Landesebene hineingezogen zu werden.

Bis zu diesem Termin sind wir bereit, lebenswichtige Entscheidungen für unser Land mitzutragen. Das muß nicht in Form der Mitregierung sein, obwohl unser Angebot einer zeitlich befristeten Allparteienregierung nach wie vor auf dem Tisch liegt; das kann auch in der Form der aktiven parlamentarischen Mitgestaltung erfolgen. Dazu bedarf es aber - wie gesagt - eines anderen, völlig neuen Stils der CDU. Wenn sie außerstande ist, zu einem solchen Stil zu finden, wird sie die aus ihrem Verhalten resultierenden Nachteile für das Saarland vor den Wählern voll verantworten müssen.
(-/9.10.1975/bgy/e/pr)

+ + +

Reddemann und die Schildkröte des Achilles

Zahlenmanipulationen, damit das Feindbild stimmt

Aus der Geschichte der griechischen Philosophie ist der Trugschluß des Gelehrten Zenon (490-430) überliefert: Der schnellste Läufer des Altertums, Achilles, sei nie in der Lage, einen auch nur wenige Meter betragenden Vorsprung einer Schildkröte aufzuholen; denn der dialektische Scheinbeweis will es so. Nichts anderes machte der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion Gerhard Reddemann, indem er die DKP zum eigentlichen Sieger der diesjährigen Bremer Bürgerschaftswahl erklärte: "Den meisten Zuwachs an Stimmen seit 1972 erzielte die DKP." Doch damit nicht genug. MdB Reddemann will noch mehr beeindrucken und erschrecken: "Die Kommunisten sind fast dreimal so stark geworden wie 1972"; und er weiß auch sofort warum: "Die 'progressive' Universität, als 'Kaderschmiede' längst apostrophiert, wirkt sich aus."

Um zu erkennen, wach einen Popanz Reddemann aufbaut, hier die absoluten und relativen Zahlen für die DKP: Bürgerschaftswahl 1975: 9 230 Stimmen (2,14 vH); Bürgerschaftswahl 1971: 13 828 (3,13 vH); Bundestagswahl 1972: 3 335 (0,07 vH).

Aus diesen Zahlen spricht zwar die absolute Bedeutungslosigkeit der DKP in Bremen, aber MdB Reddemann muß sie dennoch aufwerten, damit die These von der "roten Kaderschmiede" stimmt. Zu diesem Zweck begeht er eine weitere Manipulation: Die Werte der Bundestagswahl '72 und der Bürgerschaftswahl '75 werden verglichen, um so auf die phantastische Steigerung von über 300 vH Zuwachs für die DKP zu kommen. Alle seriösen Analytiker - unabhängig von ihrer Parteilugehörigkeit - sind sich jedoch einig, daß Landtagswahlen nicht mit Bundestagswahlen verglichen werden können, weil die Gründe der beiden Wahlentscheidungen stark differieren.

Auf Grund des Äpfel- und Birnen-Vergleichs kommt MdB Reddemann zu dem Ergebnis, daß die FDP nach der NPD den dritten Platz der Siegerliste einnimmt. Die Zahlen für die NPD: Bürgerschaftswahl 1975: 4 767 Stimmen (1,11 vH); Bürgerschaftswahl 1971: 12 561 (2,84 vH); Bundestagswahl 1972: 2 305 (0,47 vH).

Auch hier soll die zu suggerierende Botschaft sinngemäß lauten: Das Anwachsen der linken Radikalenski der "roten Kaderschmiede" habe ein Anwachsen der Rechtenradikalen zur Folge. Wenn es in Bremen freilich einen eindeutigen Verlierer gibt, dann sind das gerade die extremen Parteien DKP und NPD.

Dies aber gefällt dem Antreiber Reddemann offensichtlich überhaupt nicht - könnte er doch sonst an seinem Feindbild irre werden!

Wolfgang Deuling
(-/9.10.1975/wi/e/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller